

# DGB

Deutscher  
Gewerkschaftsbund  
Landesbezirk  
Niedersachsen

# Informationen

für Presse  
Rundfunk  
Fernsehen  
Öffentlichkeit

Hannover, den 28. Januar 1986  
I-Pr-Vo/Ju  
Nr. 3/86

## DGB fordert öffentliche Expertenanhörung und Mitbeteiligung der Kommunen bei der Sanierung von Münchehagen

Der Deutsche Gewerkschaftsbund, Landesbezirk Niedersachsen, und die ÖTV, Bezirk Niedersachsen, stellen erneut fest, daß die Anwohner der Mülldeponie Münchehagen nach wie vor gesundheitlichen Gefährdungen ausgesetzt sind. Es ist seltsam, daß die Niedersächsische Landesregierung immer noch versucht, das Gefährdungspotential von Münchehagen als sehr gering darzustellen und die Behauptung aufstellt, daß die Bevölkerung nur durch die Oppositionsparteien im Niedersächsischen Landtag unnötigerweise aufgewiegelt wird. Ebenso abstrus klingt die Behauptung aus dem Landwirtschaftsministerium, wonach "Saboteure" erst nach Schließung der Deponie hochgiftige Stoffe, z.B. Dioxin, nach Münchehagen gebracht hätten, um hierdurch die Abfallbehörden in ein falsches Licht zu setzen.

Die Glaubwürdigkeit der Aufsichtsbehörden könnte durchaus wieder zurückgewonnen werden, wenn die Behörden bereit wären, selbstkritisch das gesamte Gefährdungspotential gegenüber der Bevölkerung darzustellen. Nach Auffassung des DGB sind die Bürger von Münchehagen einer latenten Gefahr ausgesetzt, da die Dioxinfrage von der Landesregierung heruntergespielt wird, und immer noch keine entscheidenden Gegenmaßnahmen eingeleitet werden.

Der DGB fordert zur Sanierung von Münchehagen die Landesregierung auf:

1. Die gesamte Deponie auf ihre Inhaltsstoffe zu überprüfen und diese zu kartieren,
2. ständig die Schadstoffe in der Luft, im Boden, und vor allem in den Deponieabwässern zu kontrollieren und auch zu veröffentlichen,
3. die Bevölkerung im Umkreis der Deponie über die Vorgänge umfassend zu informieren und nicht weiter wichtige Informationen zurückzuhalten,
4. Einsetzung eines Expertenausschusses, vor dessen Arbeitsaufnahme sollte die gesamte Problematik - analog dem Gorleben-Hearing - öffentlich durchleuchtet werden, auch die Freie Hansestadt Hamburg hat vor Beginn der Sanierung der Giftmülldeponie Georgswerder eine Expertenanhörung durchgeführt; erst wenn diese öffentliche Erörterung durchgeführt worden ist, sollte mit der Aufstellung eines Sicherungs- und Sanierungskonzeptes für das Deponiegelände, unter Einbeziehung aller Fachkräfte,

insbesondere auch des Fachverbandes der übrigen Bundesländer und des Umweltbundesamtes, aufgestellt werden. Dies ist erforderlich, da die Niedersächsischen Fachbehörden sich bisher in Sachen Münchehagen nicht als ausreichend qualifiziert gezeigt haben,

5. zur Begleitung der Sanierungsarbeiten und zum Abbau des Mißtrauens in der Öffentlichkeit gegenüber den Behörden sollte die Landesregierung eine Kommission aus Kommunalvertretern, analog der Gorleben-Kommission, die laufend über alle Vorgänge der Sanierungsarbeiten unterrichtet werden, einsetzen,
6. für die an die Deponie angrenzenden landwirtschaftlichen Betriebe sollte zur Vorbeugung von Folgeschäden ein Umgebungs- und Bestandsschutz eingeführt werden. Dazu sind erhebliche Messungen - auch an der Vegetation und im Boden - erforderlich.

Der DGB hofft, daß das Land aus dem Fall Münchehagen soviel gelernt hat, daß zukünftig solch ein Sondermüllskandal verhindert wird und der Steuerzahler zur Sanierung einer Giftmülldeponie nicht noch einmal - wie in Münchehagen- herangezogen wird.